

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 29 (1949-1950)
Heft: 12

Artikel: Handelspolitik
Autor: Posse, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159785>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

HANDELSPOLITIK

VON HANS POSSE

Die internationale Handelspolitik ist als Zweig der allgemeinen Politik mit dieser in Anpassung an die obwaltenden Verhältnisse häufigen Umstellungen unterworfen. Die Veränderungen erfreulichen oder unangenehmen Charakters, die sich während der vergangenen Dezennien in ihr vollzogen haben, sollten eigentlich für mehrere Menschenalter ausreichen und nun von einer Periode der Beständigkeit abgelöst werden. Die Handelspolitik besitzt für die einzelstaatlichen Volkswirtschaften eine schlechthin entscheidende Bedeutung. Es dürfte darum von allgemeinem Interesse sein, ihrem Wandel nachzugehen und den Versuch zu unternehmen, ihren heutigen Stand festzulegen.

1. a) Die letzten Jahrzehnte vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges waren durch weitgehende Stabilität in der weltwirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet. Eine ökonomische Arbeitsteilung zwischen den Nationen hatte sich in der Form herausgebildet, daß die europäischen Reiche sozusagen das große Industriekombinat der Welt darstellten; es versorgte die übrigen Völker der Erde mit seinen technisch hochentwickelten Fabrikaten, um von ihnen als Gegenwert den größten Teil der Rohstoffe und der Nahrungsmittel zu übernehmen. Trotz der wachsenden Entfaltung der nordamerikanischen Produktion und der Ausbreitung der amerikanischen Wirtschaft verblieb für den Weltwarenaustausch die führende Industriestellung in den Händen Europas. Machte doch in Deutschland und Frankreich der Fabrikathandel zwei Drittel, in England gar vier Fünftel des Gesamtexports aus, während er in den Vereinigten Staaten nur 30% betrug. Und an der Spitze der Fabrikatausfuhr dieser vier für den Welthandel entscheidenden Mächte standen die eigentlichen Konsumgüter für die breiten Verbrauchermassen der Welt. Ein Viertel der Gesamtausfuhr dieser Länder entfiel auf Textilwaren, ein Achtel auf Eisen- und Stahlerzeugnisse; Maschinen als wichtigstes Produktionsmittel folgten mit einem Zwölftel schon mehr im Hintergrund.

Der Grund für solchen Aufbau der weltwirtschaftlichen Austauschverhältnisse vor 1914 war ein doppelter: einmal ist er im geschichtlichen Werdegang der west- und mitteleuropäischen Länder zu suchen. Ihr Aufblühen gab den europäischen Staaten einen als unerreichbar anmutenden Vorsprung in Technik und Arbeitsleistung und machte sie so zur Ausbildung gerade der großen Fertigwarenindustrien für die ganze Welt geeignet. Ergänzt wurde diese Rangstellung einer hohen Arbeitskultur sodann durch die rationelle Auf-

schließung natürlicher Rohstoffschätze, von denen Europa vor dem ersten Weltkriege über die Hälfte der Erderzeugung an Kohle, Eisen, Zink und Aluminium gewann. Von den Textilrohstoffen in klimatischer Bedingtheit abgesehen, war Europa in allen Betriebszweigen wie auch in der Metallwirtschaft vom Ausgangsprodukt bis zum Fertigfabrikat führend.

Dieser einzigartigen Stellung Europas in den Produktionsverhältnissen der Weltwirtschaft traten ergänzend die internationalen Schuldverpflichtungen zur Seite. Mit den Überschüssen aus der europäischen Fabrikation wurde die übrige Welt erst ökonomisch erschlossen. Damit hatte diese Durchdringung die überseeischen Wirtschaften, voran die der amerikanischen Union, in Kapitalabhängigkeit von Europa gebracht. Wenn die europäische Handelsbilanz in den letzten Jahren vor 1914 durchschnittlich mit einer Jahrespassivität von 10 % abschloß — was zuletzt einer Größenordnung von etwa 10 Milliarden Mark oder 12,5 Milliarden Schweizer Franken entsprach —, so stellte diese Mehreinnahme, zahlungsbilanzmäßig gesehen, die Abtragung der jährlichen Zinsenlast durch die außer-europäischen Länder dar. Man kann dabei ruhig von einer gewissen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sprechen: rein ökonomisch betrachtet, bildeten die vereinigten Wirtschaftsstaaten Europas den Kern der Vormachtstellung dieses Erdteils in der Welt, und von diesem Gesichtspunkt aus ist der erste Weltkrieg nicht von den Mittelmächten allein, sondern von der ganzen europäischen Wirtschaftskraft verloren worden. Waren doch noch im Jahre 1913 zwei Drittel des gesamten Welthandels Warenaustausch in Europa; von England abgesehen, das drei Fünftel seiner Ausfuhr in fremden Erdteilen absetzte, war Europa gerade für die großen Industrieländer Deutschland und Frankreich zu drei Vierteln das Verkaufsgebiet geblieben, in das auch die Vereinigten Staaten zwei Drittel ihres Exports abgaben.

b) Es entsprach ebenso der Stetigkeit in der politischen und wirtschaftlichen Lage der Welt, wenn die Regierungen mit den Maßnahmen ihrer Handelspolitik vor 1914 in langen Fristen denken zu können den Vorzug hatten. Die ökonomische Arbeitsteilung zwischen den Nationen und deren Außenhandel vermochten sich damals auf ein wohlabgewogenes Verbundsystem von zwischenstaatlichen Handelsverträgen und innerstaatlichen Wirtschaftsgesetzgebungen zu stützen, denen die uns später so geläufig gewordenen scheußlichen Erfindungen protektionistischer Fantasie, wie Quoten, Kontingente und Clearingabkommen, wesensfremd waren. Namentlich die damaligen langfristigen Handelsverträge boten auf der Grundlage der in ihnen verankerten allgemeinen und unbeschränkten Meistbegünstigungsklausel in Verbindung mit ausgedehnten Zollherabsetzungen

dem Kaufmann eine verlässliche Basis für seine Kalkulation im Export und für geschäftliche Investitionen.

2. a) Auch nicht ein einziger der den Handel der Erde vor 1914 bestimmenden Faktoren ist durch den ersten Weltkrieg und nach ihm unverändert geblieben. Zunächst hatte am fühlbarsten für Europa schon der beispiellose Aufschwung der Vereinigten Staaten die Produktionsstruktur der Welt verwandelt. Nach einer überschläglichen Berechnung stammten z. B. im beliebig herausgegriffenen Jahre 1928 40 % der Weltrohstoffproduktion aus Nordamerika; mehr als die Hälfte der Metalle, mehr als vier Fünftel der Betriebsstoffe wurden dort gewonnen. In der Erdöl- und Kupferproduktion begannen die Vereinigten Staaten, den Weltmarkt zu beherrschen. Außerdem erzeugten sie nahezu die Hälfte der Weltproduktion an Baumwolle, Blei und, mit Kanada zusammen, an Aluminium. Das Übergewicht der amerikanischen Schwerindustrie über die gesamte europäische wurde fast erdrückend. Die amerikanische Eisengewinnung ließ die Erzeugung Europas weit hinter sich. 1913 waren 42 %, 1926 dagegen wurden 53 % der Weltstahlproduktion von den Vereinigten Staaten geliefert. Mit gleichzeitig wachsender Bedeutung des Fabrikathandels lag der Wert der amerikanischen Ausfuhr 1928 mit über 5 Milliarden Dollar um mehr als 100 % über der Ausfuhr des Fiskaljahres 1912/1913 mit 2484 Millionen Dollar, womit die Vereinigten Staaten trotz ihrer Stellung als Gläubiger die erste Rangstufe in der Weltausfuhr einnahmen.

Eine zweite Entwicklungslinie kam hinzu, die ähnlich schicksalhaft für Europa wirken sollte. In weitem Abstand hinter Nordamerika, aber mit wachsender Kraft traten neue Industrieländer in den Kampf um die Weltmärkte ein, voran Britisch-Indien und Kanada, die 1925 unter Überholung der Niederlande und Belgiens den fünften und sechsten Platz in der Rangordnung des Welthandels besetzten. Nach Überwindung des schweren Rückschlages durch ein Erdbeben im Jahre 1923 ging Japan mit Riesenschritten daran, seine im ersten Weltkriege erkämpfte Vormachtstellung im ostasiatischen Raume und darüber hinaus wieder einzunehmen. Südamerika, Australien und Südafrika entwickelten wichtige Konsumgüterindustrien, vor allem in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe, und schickten sich an, auch in der Textilversorgung neben Indien selbständig zu werden.

Diese Umwandlung der Weltproduktionsverhältnisse ist schon bald nach 1918 in einer Verschiebung der Absatzlage deutlich geworden. Europas beherrschende Stellung auf dem südamerikanischen und ostasiatischen Markt wurde durch die günstiger gelegenen Vereinigten Staaten und Japan zurückgedrängt; diese bemächtigten sich auch mit steigender Wucht des Handels mit den britischen Be-

sitzungen. Umgekehrt hatten sich in Europa selbst wichtige Einfallstore für den Außenhandel der großen Überseestaaten, schon auf Grund von deren Kapitalüberlegenheit, geöffnet. Da es, der natürlichen Entwicklung folgend, vor allem Konsumgüterindustrien waren, die von den außereuropäischen Ländern auf- und ausgebaut wurden, so mußten die auf Weltversorgung eingerichteten europäischen Unternehmungen gleicher Art auf das empfindlichste getroffen werden. Einen symptomatischen Beleg hierfür lieferte die englische Ausfuhr von Baumwollwaren, die unter schweren Verlusten auf dem indischen und südamerikanischen Markt nur noch Teile des Vorkriegsexportes erreichte. Dagegen regte die Industrialisierung Außereuropas, wie die bedeutenden Ausfuhrziffern zeigten, wenigstens vorläufig das europäische Produktionsmittelgewerbe an.

Die wirtschaftsstatistische Abteilung des früheren Völkerbundes hat im Jahre 1926 eine interessante Arbeit über Handels- und Zahlungsbilanzen 1911 bis 1925 veröffentlicht, die gerade die Umschichtungen im Welthandel erkennen läßt und in ihrer Plastik auch heute noch aktuell wirkt. Es heißt in dieser Schrift: «Die Vereinigten Staaten und Indien kaufen jetzt» (1925) «weniger in Europa und mehr in Asien. China und Japan kaufen weniger in Europa und mehr in Nordamerika. Australien kauft weniger in Europa und mehr in Nordamerika und Japan. Andererseits exportiert Indien einen größeren Teil seiner Waren als früher nach Nordamerika und Asien, und der Prozentsatz der Ausfuhr Chinas nach Nordamerika hat sich gleichfalls gehoben. Die Ausfuhr Japans nach Europa ist von 23,3 auf nur 6,6 % seiner Gesamtausfuhr gefallen, während diejenige nach Nordamerika von 30 auf 44,5 % gestiegen ist. Die Einfuhr Australiens aus Europa ist gefallen von 70 auf 54 % seiner Gesamteinfuhr, jene Argentinien von 80 auf 64 %. *Der Handel verschiebt sich vom Atlantischen nach dem Stillen Ozean*».

Daß diese Wirkungen der Marktveränderungen für Europa durch die Umkehrung der Weltschuldverhältnisse im Kriegsfolge nur noch verstärkt werden konnten, liegt auf der Hand.

b) Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß sich die ökonomische Lage Europas zwischen den beiden Kriegen in rapidem Tempo verschlechterte. Die Regierungen unseres Kontinents waren zunächst bemüht, auf den bisher befahrenen Geleisen der Handelspolitik weiterzumarschieren, die vor 1914 so günstige Resultate für den internationalen Warenaustausch gezeitigt hatten. Das Verbundsystem der Handelsverträge blieb noch mit seinem alten Inhalt bestehen oder es wurde sogar von neuem geknüpft, soweit der Krieg die Vereinbarungen zwischen den kämpfenden Parteien zerrissen hatte. Man gebärdete sich so, als ob sich nichts verändert habe. In dieser Zeit wurde beispielsweise der deutsch-französische Handels-

vertrag vom 17. August 1927 geschlossen, das umfang- und gehaltreichste Abkommen, das Deutschland zwischen den Kriegen einging, und eine der umfassendsten handelspolitischen Vereinbarungen in der europäischen Geschichte überhaupt. Sein Zustandekommen nach langen und wechselvollen Kämpfen hatte weit über die Grenzen der beiden beteiligten Mächte hinaus Aufmerksamkeit gefunden und den im Kielwasser der deutschen Unterhändler segelnden Vertretern anderer Staaten die Möglichkeit geboten, zu einer Bereinigung der wirtschaftlichen Beziehungen ihres Landes gegenüber Frankreich zu gelangen. Es mutet uns heute fast wie ein Märchen an, wenn man daran erinnert wird, daß damals in der Genugtuung über die Behebung von fast uralten Spannungen die diplomatischen Gespräche zwischen Deutschland und Frankreich sich sogar auf den stark politisch durchsetzten Stoff einer Zollunion auszudehnen sich anschickten.

Es blieb leider eine Augenblicksfreude. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wuchsen, und in zunehmendem Maße mit dem Fortschreiten der Jahre zwischen den Weltkriegen schlichen sich Momente der Unbeständigkeit in das Handelsvertragsnetz hinein, bis die aufdämmernde ökonomische Weltkrise zum Schluß der Zwanziger- und zu Beginn der Dreißigerjahre in mehr Beziehungen als nur in einer allen auf Ausgleich gerichteten Bestrebungen ein Ende bereitete. An die Stelle vom Zollabbau traten, wie im deutsch-französischen Verhältnis, mehr oder minder erzwungene Vereinbarungen einer Aufhebung von Zollermäßigungen und -Bindungen, gefolgt von autonomen Zollerhöhungen; und die Meistbegünstigung, jenes Herzstück der Handelsverträge, wurde durch Ausnahmen an Umfang und Inhalt zur bloßen Schale ohne Kern entwertet. Die Blüte des wachsenden Protektionismus' begann, sich zu entfalten. In dieser Periode wurde in den Vereinigten Staaten, die es gar nicht nötig hatten, der Hawley-Smooth-Tariff von 1930 mit seinen für europäische Verhältnisse ganz ungewöhnlich hohen Zollsätzen geschaffen, wurden im britischen Weltreich durch die berühmten Ottawa-Verträge des Jahres 1932 die Empire-Präferenzen zu einem fast lückenlosen System der Sonderbehandlung zwischen dem Mutterland und seinen Dominions und Kolonien ausgebaut, das namentlich die kontinentaleuropäische Ausfuhr von Nahrungsmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs nach England zugunsten derjenigen aus den britischen Besitzungen auf das empfindlichste beschnitt, aber auch für den industriellen Export aus Festlandeuropa nach den Dominions den Absatz im Kampfe mit der englischen Konkurrenz verengte. In dieser Zeit vollzogen zwei typische Freihandelsländer vom Schlage Großbritanniens und Hollands den Wandel zum Schutzzoll, vergrößerten England 1931 und die Vereinigten Staaten 1933 durch die Abwertung

ihrer Währungen die Unruhe in der kaufmännischen Welt. In dieser Epoche, wo jedes der vielen bösen Beispiele die nur noch spärlich vorhandenen guten Sitten eines ehrbaren Exportkaufmanns verdarb, sprossen allerorten die verschiedensten und mit Raffinesse ausgeklügelten Spielarten eines indirekten Protektionismus' wie Pilze aus der Erde. Und am Ende einer langen Reihe von handelshemmenden Maßnahmen stand zwischen den Staaten ein schwankendes Gebäude von Handels- und Verrechnungsabkommen oder, wie man auch sonst diesen kümmerlichen Ersatz echter Handelsverträge zu bezeichnen beliebte, und von quantitativen und qualitativen Handelsbeschränkungen und handelspolitischen Diskriminierungen in der innerstaatlichen Gesetzgebung. Der Warenaustausch war so in der Welt wie von einem Netz umspannt und drohte, in diesen Schlinggewächsen vollends zu ersticken. Es brach der zweite Weltkrieg los.

3. a) Während die Entwicklung nach 1918 unter den dargelegten Umständen einen völligen Umschwung in den Weltproduktions- und -Absatzverhältnissen gebracht hatte, hat im Gegensatz dazu die Parallelität des zweiten Weltkrieges und seines Ausgangs mit dem ersten bewirkt, daß die nach 1918 auftretenden Linien bis in die Gegenwart hinein, nur ins Gigantische verstärkt und schärfer als je zuvor, zur Geltung kommen. Die politische und kommerzielle Macht der Vereinigten Staaten, der Ausbau der Produktionsmittel- und besonders der Konsumgüterindustrie in Übersee, die fast hoffnungslose Verschuldung der europäischen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, der Grad des Zusammenbruchs in Deutschland und Japan und der Zerfall der Welt in zwei ideologisch einander feindlich gegenüberstehende Mächtigkeitsgruppen, der die unnatürliche Kriegsverbrüderung der «empirisch lebenden angelsächsischen mit der dogmatisch exerzierenden sowjetischen Welt» (wie es ein kluger Beobachter einmal ausgedrückt hat) abgelöst hatte, — all' dies, um nur die wichtigsten charakteristischen Merkmale aufzuzählen, bestimmt die Situation von heute. Auch hierfür sollen einige bezeichnende Zahlenbeispiele gegeben werden: Während der Anteil der Vereinigten Staaten am Volumen des monatlichen Welthandels im Jahre 1938 sich nach den Feststellungen der «Bank für internationalen Zahlungsausgleich» auf nicht ganz 11% beschränkte und etwa der deutschen Quote entsprach, schnellte er bis zum Ende des Jahres 1947 auf mehr als 28% hinauf; Deutschland aber war so gut wie völlig ausgefallen. 1937 betrug die Ausfuhr von industriellen Fertigfabrikaten aus den Vereinigten Staaten 1,64 Milliarden Dollar gegenüber fast 2 Milliarden (1 Dollar gleich 2.50 Reichsmark) aus Deutschland. 1947 hätte sie bei Annahme gleichmäßiger Erhöhung entsprechend der Steigerung der amerikanischen Ausfuhrpreise von 100 im Jahre 1937 auf 185 in 1947 rund 3 Milliarden Dollar aus Nordamerika und etwa 3,7 Milliarden aus Deutschland betragen

müssen; tatsächlich aber belief sie sich auf 8,6 Milliarden in USA und ist seitdem bis auf Rekordhöhe weitergewachsen. Der deutsche Export industrieller Fertigwaren dagegen schrumpfte 1949 trotz einer im Vergleiche mit dem Vorjahre die Verdoppelung erheblich überschreitenden Ziffer im Gebiete der englischen und amerikanischen Zone (für die allein die statistischen Unterlagen öffentlich greifbar sind) auf 485 Millionen Dollar zusammen. Der Anteil des intereuropäischen Handels am Warenaustausch in der Welt sank von 30 % im Jahre 1938 auf etwa 18 % 1947, in der Hauptsache wieder infolge des Wegfalls der deutschen Rate, auf die vor 1939 rund 20 %, 1947 aber nur 4 % des intereuropäischen Handels entfielen. In Realwerten ausgedrückt, erreichte 1947 der Warenaustausch der europäischen Staaten untereinander nur 56 % des Vorkriegsumfangs von 1938. Ein anschauliches Bild von der Verschlechterung der Lage in Europa entwirft auch der von Professor Hammerskjöld geleitete Arbeitsausschuß des Pariser Komitees für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit bei der Aufstellung eines europäischen Vierjahresplans mit der Angabe, daß 1947 der Fehlbetrag des sichtbaren europäischen Handels mit außereuropäischen Ländern sich auf 6,8 Milliarden Dollar bemessen habe.

b) Aber anders als nach dem ersten Weltkriege — und das ist entscheidend und hat dem geplagten Außenhandel Ursache zu hochgespannten Hoffnungen gegeben — war von 1945 an mit wachsender Kraft die Auffassung international zum Durchbruch gekommen, daß die bisher angewandten Methoden des Imperialismus' die Schwere der durch die Kriegsfolgen auf der Welt lastenden Handelskrise nicht zu erleichtern und den Wiederaufbau der schwer getroffenen Volkswirtschaften nicht zu meistern geeignet seien. Bezeichnenderweise gab den Anstoß für einen solchen Umschwung die Politik der Vereinigten Staaten. Es steht uns Europäern nicht zu, zu untersuchen, und es ist im Hinblick auf den Erfolg auch unerheblich, welchen Motiven diese neue Richtung in der amerikanischen amtlichen Regsamkeit, der Marshallplan und das außenwirtschaftliche Programm in dem Vorschlage für eine «internationale Handelsorganisation» entsprang; wir können nur dankbar sein für die Großzügigkeit amerikanischen Denkens und amerikanischer Hilfeleistung. Diese junge Erkenntnis von der Verbundenheit der wirtschaftlichen Interessen der Völker über den Erdball bescherte uns die berühmte Havanna-Charta des Jahres 1948, jene «magna charta des Außenhandels» genannte, weltumspannende Konvention zwischen 54 Staaten mit rund 90 % des gesamten internationalen Handels, die den Kampf gegen eine egozentrische Wirtschaftspolitik auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Sie brachte uns die Genfer Zollabbauverträge von 1947 und die Vereinbarungen gleicher Richtung von Annecy aus dem Jahre 1949, und sie

bewirkte endlich in Europa eine Verstärkung des Strebens nach wirtschaftlicher Annäherung zwischen gleichgestimmten Nachbarländern, wie es in den Plänen der Beneluxunion, der französisch-italienischen und der skandinavischen Zollunion, des vorläufig wenigstens auf Erleichterungen im Zahlungsverkehr beschränkten Ukiskanbündnisses zwischen dem United Kingdom Großbritannien und den skandinavischen Staaten und endlich in der Fühlungnahme Frankreichs und Italiens mit den Beneluxstaaten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen in der Finebel-Vereinigung zum Ausdruck kam. Allen diesen Tendenzen wie auch der alleuropäischen Zollunion, die inzwischen aus dem früheren Bereich der reinen Utopie in die kräftige Luft praktischer Vorarbeiten gerückt wurde, ist die Überzeugung gemeinsam, daß insbesondere unser zerrissener Erdteil sich in dem heraufdämmernden Konkurrenzkampf der Kontinente und Weltmächte nur dann wird behaupten können, wenn er sich der rationellsten Arbeitsmethode befleißigt. Auch gilt es für ihn, sich durch Markterweiterung diejenigen Vorteile zu sichern, deren sich die Vereinigten Staaten erfreuen und denen ihre Volkswirtschaft einen in der Weltgeschichte beispiellosen Aufschwung verdankt.

Wegen seiner vorbildhaften Bedeutung sei aus den Genfer Zollabbauverträgen hier in kurzem auf den Handelsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und England vom 30. Oktober 1947 hingewiesen, der von Präsident Truman als «ein Markstein in der Geschichte der internationalen Wirtschaftsbeziehungen» gelobt worden ist. Durch diese Vereinbarung wurde zum ersten Male ein ernsthafter Einbruch in die Empire-Präferenzen vollzogen: die Engländer gaben 5 % ihrer Vorzugszölle ganz preis und bewilligten bei weiteren 25 % von ihnen eine Herabsetzung um bis zu 35 %. Dagegen ermäßigten die Amerikaner ihre Zölle für alle das britische Empire interessierende Waren um bis zu 50 % und räumten so ihren Verhandlungspartnern und neben ihnen den meistbegünstigten Staaten Zollvergünstigungen für Produkte ein, die rund 78 % des amerikanischen Gesamtimports entsprachen. Ihr Zollniveau hatte dadurch den tiefsten Stand seit 34 Jahren erreicht — und ist trotzdem in breiter Front noch prohibitiv geblieben.

Es ist nicht nur aus den in Deutschland verbreiteten Äußerungen des amtierenden Schweizer Außenministers bekannt, daß die Schweiz weder an die Möglichkeit einer europäischen Zollunion noch an eine Art europäischer Gesamtregierung glaubt, auch wenn sie nur wirtschaftlichen Anstrich haben sollte. Der Zweifel der Schweiz in die Realisierbarkeit der handelsfreundlichen internationalen Pläne wurzelt mit in der traditionellen Auffassung von den Neutralitätspflichten. Und der Ablauf des Jahres 1949 vor der allgemeinen Währungsabwertung schien dem Schweizer Pessimismus Recht zu geben. Der

Kanadier Wilgreß schloß als Präsident der seit Anfang April 1949 zu Annecy tagenden Zoll- und Handelskonferenz zwischen den 23 Unterzeichnerstaaten der Genfer Zollabbauverträge im August 1949 die Beratungen mit der Bemerkung ab, daß als Folge der Dollarverknappung eine allgemeine Verschärfung der Importeinschränkungen unabweisbar sei. Diese Restriktionen ließen in verschiedenen Ländern nicht auf sich warten und führten andrenorts, wie z. B. in Dänemark, England und Holland, schnell zu erheblichen Verschlechterungen in der Handelsbilanz. Die Havanna-Charter ermangelte der zu ihrem Inkrafttreten erforderlichen Ratifizierung, und in der mit Protektionismus geschwängerten handelspolitischen Luft war es wieder um die Durchführung der Benelux- und der französisch-italienischen Zollunion auffallend still geworden.

Die Währungsabwertung hat inzwischen wie ein Gewitter diese verdorbene Atmosphäre wieder gereinigt. Das eifersüchtige Wachen der europäischen Regierungen über der unangetasteten Erhaltung ihrer vollen Souveränität, dieser Länderegoismus, der die automatische Abhängigkeit der Ein- und Ausfuhr in Wechselwirkung voneinander zu negieren sich vermaß, enthielt glücklicherweise eine Unterschätzung der Stoßkraft in den von Amerika her ausstrahlenden Tendenzen zum Abbau der Handelshemmnisse. Zwar widerstrebend, weil sie sich von lieb gewordenen Teilen ihrer Eigenstaatlichkeit trennen soll, aber in der langen Linie unverkennbar, beginnt die europäische Handelspolitik sich der größeren Einsicht und den Wünschen der Amerikaner anzupassen. Von neuem waren es die Vereinigten Staaten, die sich anschickten, mit gutem Beispiel auf der Straße zur Erleichterung des internationalen Warenaustausches voranzugehen. Sie haben zu wiederholten Malen aus berufenstem Munde ihre Bereitschaft erklären lassen, durch Niederreißung der Handelsschranken zur Verstärkung der Einfuhr nach Amerika beizutragen. Ihr Senat hat mit der Verlängerung eines Gesetzes von 1934, das den Präsidenten ermächtigte, ohne Befragung des Kongresses mit anderen Staaten gegenseitige Zollherabsetzungen zu vereinbaren und diese auf die meistbegünstigten Staaten auszudehnen, einen wichtigen Beitrag zur Liberalisierung in der Weltwirtschaft geleistet. Sie haben demgemäß soeben den Abschluß neuer wechselseitiger Handelsverträge mit zehn Ländern Europas und von Übersee vorgenommen; sie haben ihre Zölle für eine große Anzahl höchst wichtiger Warenklassen auf Grund der während der Konferenz von Annecy vereinbarten Abkommen ermäßigt, und es verlautet schließlich, daß sie Vorarbeiten für weitere Zollsenkungen eingeleitet haben. Sie üben über diesen eigenen Beitrag hinaus einen starken politischen Druck auf die europäischen Regierungen aus, ihrem Vorbild mit rascher Tat zu folgen, der sogar dem Marshallplan-Administrator Paul Hoffman Veranlassung dazu

gab, am 31. Oktober 1949 vor dem Rat der Pariser Organisation für ökonomische Zusammenarbeit Europas die Dosierung der Marshallplan-Mittel nach dem Grade der Anstrengungen in den Empfangsstaaten zur Verwirklichung der europäischen Wirtschaftsunion anzukündigen.

Deutschland, in dem endlich die handelspolitische Betätigung wieder deutschen Köpfen überlassen wurde, die mit dem ihnen eigenen Maßstab messen und die Verantwortung für Erreichtes wie Mißlungenes vor ihren Landsleuten tragen, hat sich in seinen jüngsten Handelsabkommen mit der Schweiz, den Niederlanden, Österreich, Norwegen, Belgien-Luxemburg, Dänemark und Schweden aus dem Herbst 1949 dem Vorgehen der Vereinigten Staaten völlig angeschlossen; seine neuen Verträge sind nicht nur in Deutschland als entscheidende Schritte zur Befreiung des europäischen Außenhandels aus seinen Fesseln und als handelspolitische Taten erster Ordnung gefeiert worden. Fast jeder Blick in die Tageszeitungen enthüllt weitere Erfolge auf dem Wege zur Erleichterung des internationalen Warenaustausches. Gestern wurde gemeldet, daß die Vorstufe zur Beneluxunion, diesem Paradestück einer vernünftigen europäischen Kollaboration, die ursprünglich für den 1. Juli geplant war, mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1949 an nun doch in Kraft gesetzt wurde. Heute erfährt man, daß außer England und Frankreich, die ursprünglich ihren Führungsanspruch auf diesem Gebiete angemeldet hatten, auch Belgien, Italien, die Niederlande, Österreich und die Schweiz der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris Einfuhrfreilisten eingereicht haben, von denen ein Teil sogar mit sofortiger Wirkung zur Anwendung kommt. Und morgen werden wir — man muß bei handelspolitischen Dingen leider immer hinzufügen: hoffentlich — einen günstigen Ausgang der von Frankreich inaugurierten Finebel-Konferenz erleben, an der die westdeutsche Bundesrepublik besonders interessiert ist, weil auf ihr eine Anregung der Beneluxstaaten auf Hinzuziehung Westdeutschlands zur Erörterung kommen wird. Ihre Annahme würde Finebel zu einem entscheidenden Schritt auf der Bahn zu der ersehnten europäischen Wirtschaftsunion stempeln.

Das soll gewiß nicht heißen, daß nunmehr alle Gefahren für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung gebannt sind. Der Marshallplan hat zum Beispiel die Versuchung mit sich gebracht, seine Gelder in den Empfängerstaaten zu einem unrationellen und nicht aufeinander abgestimmten Ausbau der Industrie zu mißbrauchen. Aber die vor dem Kriege und während seiner Dauer zu Unrecht geschätzten Mittel zur Behinderung des Warenaustausches sind mit dem Wandel aus der Mangel- in die Überschußwirtschaft aus der Mode gekommen, und die Bahn der internationalen Handelspolitik ist wieder aufwärts gerichtet.